

Felix Jaitner

Krise und Protest auf dem Balkan Von sozialer Emanzipation bis National-Chauvinismus am Beispiel von Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Europa ein Anstieg rechter Parteien und Bewegungen zu beobachten. Die Demonstrationen gegen die „Homo-Ehe“ in Frankreich und die jüngsten Proteste in der Ukraine, wo Gruppen wie der „Rechte Sektor“ eine wichtige Rolle spielen, zeigen, dass rechte Bewegungen äußerst geschickt existierende Vorurteile und Konfliktlinien instrumentalisieren und über erstaunliches Mobilisierungspotenzial verfügen. Dabei adaptieren sie Organisationsformen progressiver sozialer Bewegungen und berufen sich auf demokratische Werte. Dem stehen die vielfältigen Proteste in Spanien (Indignados) oder der Aufbau einer nicht-kommerziellen, auf freiwilliger Basis operierenden medizinischen Betreuung in Griechenland gegenüber. Die Gegenbeispiele zeigen, dass in der Krise Raum für neue basisdemokratische Bewegungen entsteht. Dabei erproben sie neue Organisationsformen und -praktiken und haben – trotz aller Schwierigkeiten – viele Erfolge vorzuweisen. Während die Proteste in Spanien, aber auch reaktionäre Gegenbewegungen wie in Frankreich, eine hohe mediale Beachtung erhielten, ist über die Entwicklungen in Osteuropa wenig bekannt. Deshalb widmet sich dieser Artikel dem Krisenverlauf sowie den Protesten in zwei jugoslawischen Nachfolgestaaten: Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Nach Angaben von Eurostat hatte Kroatien im Dezember 2013 mit 17,6 Prozent die dritthöchste Arbeitslosenrate in der EU, gleich hinter Griechenland und Spanien. Dramatisch ist die Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 Prozent. Seit dem Jahr 2009 ist die Wirtschaft jedes Jahr geschrumpft. Noch stärker betroffen ist Bosnien. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf gehört es zu den ärmsten Ländern Europas. In einer im September 2013 veröffentlichten Untersuchung von Eurostat betrug die Kaufkraft gerade einmal 28 Prozent des EU-Durchschnitts.

Im Zuge der Wirtschaftskrise und der verordneten Sparprogramme der Regierungen haben sich die politischen Auseinandersetzungen in beiden Ländern verschärft. Im Februar 2014 kam es in Bosnien-Herzegowina zu einer unerwarte-

ten Welle von Demonstrationen. Ausgelöst durch ausbleibende Lohnzahlungen besetzten ArbeiterInnen, Studierende und AktivistInnen lokale Verwaltungsgebäude in der Stadt Tuzla, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu protestierten. Rasch weiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus und fegten innerhalb kürzester Zeit einige Lokalregierungen hinweg. Das Besondere an diesen Vorgängen war, dass die Protestierenden sich klar von der offiziellen (Partei-) Politik abgrenzten, die sich bemühte, den Protest nach ethnischen Kategorien zu erklären und zu kanalisieren. Stattdessen forderten sie Lohnerhöhungen, eine Ausweitung staatlicher Sozialprogramme und eine Rücknahme der Privatisierungen. Dazu organisierten sie sich in basisdemokratischen Bürgerforen (Plena). Damit boten sie eine Alternative zum offiziellen repräsentativen parlamentarischen System und rüttelten an dem ethnischen nationalen Verfassungskonsens, der dem Land 1995 im Rahmen des Abkommens von Dayton aufoktroziert wurde.

In Kroatien dagegen kommt es im Zuge der verschärften Sparpolitik der „links-liberalen“ Regierung zu einer Mobilisierung rechter, chauvinistischer und nationalistischer Akteure. Ihr Widerstand richtet sich weniger gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung als gegen die Rechte von Minderheiten, vor allem Homosexueller und der serbischen Bevölkerung. Dabei mobilisieren sie erfolgreich in einem außerparlamentarischen Rahmen und verstehen sich explizit nicht als ein parteipolitisches Bündnis, obwohl sie der national-konservativen HDZ (Kroatisch Demokratische Union), der größten Oppositionspartei, und anderen kleineren nationalistischen Parteien nahestehen. Besonders erfolgreich war die Kampagne „Im Namen der Familie“ (U ime obitelji). Der gleichnamigen Bewegung gelang es knapp 750.000 Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, dem zufolge die Ehe ausschließlich als eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau definiert werden dürfe. Während dieser Kampagne kamen mehr als doppelt so viele Stimmen zusammen, wie notwendig gewesen wären. Große Unterstützung erhielt die Bewegung von der katholischen Kirche, die in Kroatien ein einflussreicher gesellschaftlicher Akteur ist. Die erfolgreiche Annahme des Referendums am 1. Dezember 2013 nahm diese Forderung in die Verfassung auf. Zwar gingen am Wahltag nur 38 Prozent wählen, mit 66 Prozent fiel die Zustimmung aber sehr deutlich aus.¹

Das Ziel dieses Beitrags ist es, die Protestdynamik auf dem Balkan herauszuarbeiten und in den Kontext der europäischen Entwicklung zu stellen. Dabei soll gezeigt werden, dass sich die Entwicklung in Ost- und Westeuropa seit dem Ausbruch der Krise immer mehr angleicht. Die Transformationsphase nahm Entwicklungen in vielen EU-Staaten (Austeritätspolitik und ihre teilweise autoritäre

1 Um die Zustimmung zum EU-Beitritt zu sichern, hatte das Parlament auf Druck der Regierung erst vor dem Referendum im Jahr 2012 das Mindestquorum gestrichen.

Durchsetzung) vorweg. Das schwächte linke und emanzipatorische Bewegungen und führte in vielen Ländern zu Herausbildung einer neoliberal-nationalistischen Hegemonie. Die gegensätzlichen Fallbeispiele spiegeln die unterschiedlichen Reaktionen auf die Krise wider. Nationalistisch-chauvinistischen Bewegungen, wie in Kroatien, stehen soziale und basisdemokratisch orientierte Proteste in Bosnien-Herzegowina gegenüber. Das Aufkommen rechter Bewegungen und ihr Versuch, durch direkt-demokratische Verfahren ihre diskriminierende Politik durchzusetzen, ist ein relativ neues Phänomen.

Der Artikel knüpft an kritische Debatten zur Transformation und den Folgen neoliberaler Politik an. In einem ersten Schritt sollen die ökonomische und politische Krisenanfälligkeit der osteuropäischen Gesellschaften und die Entstehung des hegemonialen Gesellschaftsmodells beschrieben werden. Dies ist wichtig, um die osteuropäische Entwicklung der letzten 25 Jahre und die gegenwärtige Situation nachvollziehen zu können. Anschließend wird die Situation auf dem Balkan analysiert. Dazu werden die Protestbewegungen in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext verortet. Große Aufmerksamkeit kommt dabei ihrem Verhältnis zum Nationalismus zu.

Ein neoliberaler-nationalistischer Konsens als Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung in Osteuropa

Seit dem Ende des Staatssozialismus befinden sich alle osteuropäischen Länder in einer tief greifenden gesellschaftlichen Umbruchphase (Transformation). Diese brachte eine extrem polarisierte Gesellschaft mit hohen Einkommensunterschieden hervor. Der russische Politologe Boris Kagarlitsky (2007) beschreibt diesen Zustand als „Dauerkrise“. Der Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die prekäre Lage zweifellos noch verschärft und die Instabilität der in der Transformationsphase herausgebildeten Wirtschaftssysteme verdeutlicht. Der erhoffte Aufholprozess gegenüber den kapitalistischen Zentrumsstaaten blieb damit aus. Vielmehr lässt sich eine vertiefte „Peripherisierung“ Osteuropas feststellen.²

2 Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war Osteuropa, mit Ausnahme Tschechiens, überwiegend agrarisch geprägt. Ein wesentliches Ziel aller staatssozialistischen Regierungen war deshalb eine Modernisierung des Landes und ein ökonomischer Aufholprozess. Dieser orientierte sich meistens an der sowjetischen Industrialisierung, d.h. sie stützte sich vor allem auf die Schwerindustrie, vernachlässigte aber den Dienstleistungssektor und die Entwicklung von Hochtechnologie. Der ungarische Ökonom Ivan T. Berend (1996) beschreibt die osteuropäische Industrialisierung daher als „Anachronismus“, weil sich zur gleichen Zeit bereits die technische Revolution im Westen vollzog.

Dieser Prozess verdient eine erhöhte Aufmerksamkeit, da er nicht nur ökonomische, sondern auch konkrete politische Folgen hat. Der Ökonom Joachim Becker macht zwei dominante Wirtschaftsmodelle in der Region aus. Die Länder Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen kennzeichnen stark exportgetriebene Ökonomien, wobei eine Konzentration auf wenige Produktionsbereiche auffällig ist. So machte z.B. in der Slowakei der Anteil der Autoindustrie am Export im Jahr 2007 40 Prozent aus. Im Baltikum und in Südosteuropa, so auch in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, bildete sich hingegen ein finanzialisiertes Wirtschaftsmodell heraus. Dieses basierte auf kreditfinanziertem Wachstum, wobei die Verschuldung überwiegend in Fremdwährung (Euro, Schweizer Franken) erfolgte. Dem Niedergang der einheimischen Industrie standen hohe Kapitalzuflüsse in nicht produktive Sektoren (Immobilien-, Banken- und Bausektor) gegenüber. Die Banken wurden im Transformationsprozess beinahe vollständig von ausländischen Instituten (vor allem aus Italien, Schweden und Österreich) aufgekauft. Die fortschreitende negative Handelsbilanz wurde durch Kapitalimport und eine steigende Auslandsverschuldung ausgeglichen. Außerdem zeichneten sich die Staaten durch eine rigide Wechselkurspolitik bzw. Geldpolitik aus (Becker 2010). In Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland und Litauen führten die Regierungen sogar Currency Boards ein, was bedeutet, dass die Währung an eine ausländische sogenannte Ankerwährung gebunden wird. Der feste Wechselkurs und die institutionalisierte Stellung des Currency Boards im politischen Entscheidungsprozess sollen bei internationalen Anlegern und den Finanzmärkten Glaubwürdigkeit herstellen. Eine Ausnahme ist Slowenien, wo sich im Rahmen eines staatlich regulierten Korporatismus eine einheimische Industriebourgeoisie und konkurrenzfähige, exportorientierte Wirtschaftszweige herausbildeten.

Die ökonomische Peripherisierung und die neoliberale Wirtschaftspolitik gehen oftmals mit einer Stärkung autoritärer Strukturen einher. Der Philosoph Gaspar Miklos Tamás konstatiert die Entstehung eines spezifischen osteuropäischen Kapitalismus, den ein neoliberaler-nationalistischer Konsens auszeichnet (Tamás 2007). In vielen Ländern kam es bereits in den frühen 1990er Jahren zu einem Aufschwung rechter und nationalistischer Bewegungen. Aufgrund ihrer klaren anti-sowjetischen, später anti-russischen und pro-marktwirtschaftlichen Positionen waren sie im Inland häufig populär und für die westlichen Regierungen potenzielle Partner, sodass sie schnell Teil des politischen Establishments wurden. Beispiele sind die erste kroatische Regierung um Franjo Tuđman (1922-1999), aber auch die Kaczynski Brüder aus Polen.

Darüber hinaus ging die Einführung des Kapitalismus oft mit der Rekonstitution der ethnisch heterogenen Vielvölkerstaaten (Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei) als Nationalstaaten mit einer dominanten, namensgebenden Bevölkerungsgruppe einher. Einerseits lagen die Gründe für den Staatszerfall in

dem unvollkommenen „staatssozialistischen Multikulturalismus“. Dieser beschwor zwar „Brüderlichkeit“ und „Einheit“. Dennoch war die Identifikation mit dem Staat sehr unterschiedlich ausgeprägt. Als staatstragende Nation galt in der Sowjetunion die Russen und in Jugoslawien die Serben. Das führte dazu, dass bereits existierende Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Völker im Zuge der staatssozialistischen Wirtschaftskrise der 1980er Jahre eskalierten.³ Andererseits beruhten die Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Unwillen der wirtschaftlich stärksten Regionen, die schwach industrialisierten oder rohstoffarmen Gebiete weiter zu subventionieren. Vielmehr hielten sich erstere für einen marktwirtschaftlichen Übergang besser gerüstet und sahen in letzteren ein Hindernis für eine erfolgreiche Weltmarktintegration. Diese Entwicklung zeigt sich sowohl in Russland (Jaitner 2014) als auch in Kroatien, Slowenien (Ćurković 2014) und Tschechien. Die Auflösung dieser Staaten beendete jedoch nicht die Unabhängigkeitsbestrebungen im post-sowjetischen und post-jugoslawischen Raum. Stattdessen setzte sie eine kaum zu kontrollierende Auflösungsdynamik in Gang, die immer neue Konflikte provozierte.⁴ Dies verhinderte eine Neugründung der Staaten auf multikultureller Grundlage und stärkte die bereits existierenden nationalistischen Akteure.

Kritik am dominanten Entwicklungsmodell

Trotz der negativen Folgen ist die Sicht, dass es einen Zusammenhang zwischen der Einführung des Kapitalismus und der gesellschaftlichen Entwicklung gibt, bis heute marginalisiert. Mehrheitlich dominiert der Glaube, dass es zum tatsächlichen Verlauf der Transformation keine Alternative gab. Mögliche Alternativen, die in den späten 1980er Jahren ernsthaft diskutiert wurden und eine realpolitische Option waren, werden entweder völlig außer Acht gelassen oder diskreditiert. Der Politikwissenschaftler Krunoslav Stojaković konstatiert:

Das Entstehen für Sozialstaatlichkeit und mehr noch die kritische Bewertung der kapitalistischen Transformation seit 1990 mit allen damit einhergehenden Enteignungen ehemals gesellschaftlichen Eigentums werden von den VertreterInnen der hegemonialen liberalkapitalistischen Eliten als Ausdruck eines defizitären Demokratieverständnisses abgelehnt. (Stojaković 2012:3)

3 Beispielhaft sind hier das Baltikum und Georgien in der UdSSR oder die Kroaten in Jugoslawien zu nennen.

4 Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ostukraine sind das aktuellste Beispiel. Auch der Kosovo-Krieg, die Unabhängigkeitsbestrebungen im russischen Nordkaukasus sowie in Georgien (Südostsetien und Abchasien) wären zu nennen.

Diese Immunisierung gegen (kapitalismus-)kritische Ansätze spiegelt sich auch in gesellschaftlichen Diskursen wider. Der Politologe Ivan Krastev beklagt ein fehlendes Subjekt, etwa eine Partei oder Bewegung, das dem Unmut über die katastrophalen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern Ausdruck verleihen könnte. Auch mangelt es ihm zufolge an politischem Vokabular, um die durchaus vorhandene kritische Stimmung auszudrücken. Kritik an den freien Märkten wird nur als Nostalgie nach dem Vorherigen abgetan. Dabei betont auch er die problematische Rolle der neuen Eliten, die eine kritische Auseinandersetzung unterdrücken (Krastev 2010).

Dem gegenüber kritisiert Mladen Perić die „hergestellte Hegemonie“ des Westens in Osteuropa. Im Sinne der These Francis Fukuyamas von einem „Ende der Geschichte“ galten die liberale Demokratie und die kapitalistische Ordnung als Sieger über den „real existierenden Sozialismus“. Zu gesellschaftlichen Narrativen und Stützen der neuen herrschenden Ordnung entwickelten sich aber nicht in erster Linie demokratische Grundwerte und Menschenrechte, sondern neoliberale Überzeugungen und Nationalismus (Perić 2012: 1ff.).

Eine differenzierte Kritik der Transformation ist unter diesen Bedingungen eine große Herausforderung. Kapitalismuskritische Akteure befinden sich überwiegend in einer marginalisierten Position. Darüber hinaus mangelt es oft an einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus, was ein gemeinsames Vorgehen erschwert. Die Schwäche der Linken, die desolante Wirtschaftslage und die oft korrupte politische Elite bilden eine höchst brisante Ausgangslage für eine weitere Stärkung nationalistischer und rechter Kräfte.

Die Entwicklung auf dem Balkan

Die Entwicklung auf dem Balkan prägt bis heute der Auflösungsprozess Jugoslawiens, die damit einhergehenden Kriege in Kroatien, Bosnien und Serbien (Kosovo) sowie die Entstehung neuer Nationalstaaten. Parallel dazu wurden Wirtschaftsreformen und umfangreiche Privatisierungsprozesse eingeleitet. Als Ergebnis nahm in allen Gesellschaften die soziale Ungleichheit und (regional unterschiedlich) Formen von Subsistenzwirtschaft zu.

In allen jugoslawischen Nachfolgestaaten etablierte sich in den 1990er Jahren innerhalb der herrschenden Eliten ein neoliberaler-nationalistischer Konsens. Den ethnisch sehr heterogenen Staaten wird dabei eine staatstragende Nation (Kroaten in Kroatien, Serben in Serbien etc.) zugeschrieben. Daraus folgt, wie der bosnische Germanist Vahidin Preljević feststellt, eine Neubewertung des Nationalismus auf dem Balkan. Während er zu Beginn des 20. Jahrhunderts als eine Befreiungsideologie und Antwort auf den österreichungarischen Im-

perialismus diene, stehe der Zerfall Jugoslawiens für das destruktive Potenzial des Nationalismus (Flottau 2014:18-19). Freilich existierte auch ein spezifischer jugoslawischer Nationalismus, der nicht allein auf seine anti-imperialistischen Inhalte reduziert werden sollte. Vielmehr diene auch er der Legitimation eines autoritären politischen Staates und bemühte sich darum, ideologisch den Nationalismus der jugoslawischen Nationen, insbesondere den der Serben und Kroaten, zu ersetzen.

Bosnien-Herzegowina

Welche problematischen Folgen der Nationalismus auf dem Balkan hat, wird in Bosnien-Herzegowina besonders deutlich. Das Dayton-Abkommen aus dem Jahr 1995 beendete zwar offiziell den Krieg im Land (1991-1995). Gleichzeitig diktierte die „internationale Gemeinschaft“ (bestehend aus den USA und der EU) dem bosnischen Volk die bis heute gültige Verfassung. Dies festigte den im Krieg geschaffenen Status quo und damit die Nationalisierung der bosnischen Gesellschaft. Das Land besteht fortan aus zwei Teilrepubliken, einem bosnisch-kroatischen Teil (Föderation von Bosnien und Herzegowina) und der serbischen Republika Srpska. Die Frontverläufe des Krieges, einschließlich der ethnischen Säuberungen, wurden dadurch institutionalisiert.

Wie der Politologe Vedran Džihić überzeugend darlegt, verhindert die aufoktroyierte Verfassung eine Demokratisierung der bosnischen Gesellschaft. Anstelle des Bürgers tritt ein ethnonational definierter Mensch (bosnisch, serbisch oder kroatisch). Die zentralen politischen Subjekte sind die Kollektive der SerbInnen, KroatInnen und BosniakInnen, die jeweils durch eigene ethnische Parteien vertreten werden (Džihić 2011). Darüber hinaus nutzt die politische Elite des serbischen Teils die fragile Lage des Staates und die allgemeine Dynamik des Staatszerfalls auf dem Balkan aus, um die eigene Position durch eine mögliche Abspaltung vom Gesamtstaat zu stärken. Analog pochen VertreterInnen der KroatInnen immer wieder auf die Bildung einer kroatischen Teilrepublik. Džihić spricht deshalb vom Phänomen des „Daytonismus“, einer Logik, „nach der die Widersprüche des Daytoner Abkommens aus der eigenen ethnonationalistischen Sicht bzw. auf der Basis der jeweiligen Partikularinteressen beliebig interpretierbar und somit instrumentalisiert werden“ (ebd.: 56f.).

Gemäß der Verfassung müssen öffentliche Ämter nach ethnischen Quoten vergeben werden. So sitzen in dem dreiköpfigen Staatspräsidium VertreterInnen der drei sogenannten konstitutiven Völker, d.h. BosniakInnen, KroatInnen und SerbInnen. Andere Minderheiten wie Juden und Jüdinnen oder Sinti und Roma, aber auch Menschen, die sich selbst als „Jugoslawen“ bezeichnen, sind dadurch vom politischen Prozess ausgeschlossen. Sie können weder für Ämter kandidieren

noch sehen sie sich von einer der ethnisch definierten Parteien repräsentiert. Der Politologe Nerzuk Ćurak (2004) spricht deshalb auch von „dejtonski nacionalizam“, vom Dayton-Nationalismus. Dagegen klagten Jakob Finci und Dervo Sejdić in Sarajevo, der Vertreter der jüdischen Gemeinde und der Roma. Im Jahr 2009 erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die bosnische Verfassung im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention stehe. Die Begründung ist dabei äußerst interessant: „Die Verfassung Bosnien-Herzegowinas stellt einen Anhang zum Friedensabkommen von Dayton 1995 dar. Als Teil eines Friedensvertrags wurde sie ohne Anwendung eines Verfahrens aufgesetzt und angenommen, das ihre demokratische Legitimität garantiert hätte“ (EGMR 2009). Eine Verfassungsänderung wurde bis heute nicht umgesetzt.

Das Abkommen von Dayton machte nicht nur einen eigenständigen, bosnischen Weg zur Ausarbeitung einer Verfassung und Nachkriegsordnung überflüssig, sondern etablierte eine neo-koloniale Fremdherrschaft. In der Person des „Hohen Repräsentanten“ regiert die EU direkt in Bosnien-Herzegowina.⁵ Dieser soll zwar – laut eigener Homepage – nur „die Umsetzung der zivilen Aspekte des Friedensabkommens“ überwachen (OHR 2012). Doch dazu erhielt er weitreichende Vollmachten (Bonner Befugnisse). Diese beinhalten das Recht, politische gewählte Amtsträger oder Staatsbeamte zu entlassen, Gesetze zu beschließen oder zu verhindern und Behörden zu schaffen. Von diesem Recht machten die Repräsentanten immer wieder Gebrauch.⁶ Währungspolitisch ist das Land durch die konvertible Mark eng an die EU gebunden. Das Dayton-Abkommen schuf ein EU-Protektorat, das Ethnizität als zentrale politische Kategorie festschreibt. Eine unabhängige, demokratische Entwicklung des Landes scheint unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Kroatien

In Kroatien ist der Nationalismus seit dem Krieg⁷ die ideologische Grundlage des Staates und der politischen Elite. Dazu gehört das Narrativ, dass Kroatien ausschließlich als Opfer der serbischen Aggression zu betrachten sei. Dabei handelt es sich jedoch im Sinne Eric Hobsbawms um einen nationalen Gründungs-

5 Eine ähnliche Praxis gibt es im Kosovo.

6 2004 wurden 59 Politiker und Beamte der Republika Srpska, darunter Regierungsmitglieder, ihrer Ämter enthoben. 2007 wurden der stellvertretende Polizeidirektor der Republika Srpska und 35 weitere Polizeibeamte abgesetzt.

7 Der Krieg in Kroatien dauerte von 1991-1995. Die kroatische Armee und Paramilitärs, wie die „Kroatische Verteidigungskräfte“ (Hrvatske obrambene snage, HOS), kämpften gegen serbische Milizen der Republik Serbische Krajina und die Jugoslawische Volksarmee (JNA).

mythos.⁸ Der Soziologe Rogers Brubaker zeigt deutlich, dass der groß-serbische Nationalismus unter Slobodan Milošević und die Radikalisierung der Krajina-SerbInnen in Ost-Kroatien in einem direkten Zusammenhang mit dem Aufstieg des kroatischen Nationalismus stehen (Brubaker 1996: 69ff.). Die eigene Rolle, die wesentlich zur Gewalteskalation beitrug, wird von kroatischer Seite ebenso abgestritten, wie die Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung im Zuge der Rückeroberung Ost-Kroatiens oder die gemeinsamen Pläne mit der serbischen Regierung zur Teilung Bosnien-Herzegowinas. Das erklärt, warum verurteilte Kriegsverbrecher, wie der Armeegeneral Ante Gotovina, als Helden verehrt und von der Politik hofiert werden.

Im Unterschied zu Bosnien-Herzegowina definiert sich Kroatien als ethnisch homogener Nationalstaat. Der Anteil der serbischen Minderheit ging nach dem Krieg um die Hälfte zurück und beläuft sich heute auf weniger als 5 Prozent der Bevölkerung. Dennoch garantiert die Verfassung den SerbInnen drei Sitze im Parlament und in Ortschaften mit hohem serbischem Bevölkerungsanteil Autonomierechte, wie den Gebrauch der serbischen Sprache oder eigene Schulen. Von einer wirklichen Aufarbeitung des Krieges oder Versuchen einer Aussöhnung zwischen SerbInnen und KroatInnen kann jedoch keine Rede sein. Immer wieder wird die serbische Minderheit zum Spielball politischer Auseinandersetzungen. So führte ein Gesetz, das die Aufstellung kyrillischer Straßenschilder vorsah, in der Stadt Vukovar zu heftigen Auseinandersetzungen und teilweise gewaltsamen Protesten der kroatischen Bevölkerung.

Als Hüterin der nationalistischen Staatsdoktrin gilt die national-konservative HDZ. Sie fungiert als Sammelbecken für nationalistische, rechte und chauvinistische Strömungen. Zudem symbolisiert sie das Bündnis zwischen Konservatismus und katholischer Kirche, einer weiteren zentralen ideologischen Grundlage des heutigen Kroatiens. Diesen klerikalen Nationalismus kombiniert sie mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Während die Partei in den 1990er Jahren einen autoritären politischen Kurs und eindeutige Bezüge zum faschistischen Ustaša-Regime⁹ propagierte, vollzog sie nach dem Sturz Tuđmans (1999) und dem Verlust der Regierung einen Kurswechsel. Die nationalistische Rhetorik wurde abgeschwächt und der EU-Beitritt Kroatiens unterstützt. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise und unter dem Druck rechter Bewegungen („Im Namen der Familie“) sowie den Konflikten um die kyrillische Schrift schwenkte die Partei

8 Mehr zu der Bedeutung von Mythen im Prozess der Nationalstaatsbildung bei Hobsbawm (1991).

9 Nach der Eroberung Jugoslawiens durch die Wehrmacht (1941) wurde der faschistische Unabhängige Staat Kroatien (NDH) ausgerufen. Bis Kriegsende wurden auf dem Gebiet der NDH tausende Roma, Serben, Juden und politisch Andersdenkende umgebracht.

weiter nach rechts. Das verdeutlicht ein Zitat des Parteivorsitzenden Tomislav Karamarko. Dieser sagte anlässlich einer Gedenkveranstaltung zu Ehren des Verteidigungsministers unter Tuđman, Gojko Šušak (1945-1998), im Mai 2014:

Jeder kann ... in seinem Haus ... denken, was er möchte. Aber auf keinen Fall in der Öffentlichkeit. Er muss die Werte achten, auf denen der kroatische Staat gegründet wurde. Diese sind: der Vaterländische Krieg¹⁰, unsere Vaterlandsverteidiger, unsere Gefallenen, die politische Doktrin Dr. Tuđmans und ... das Leben und die Taten von Gojko Šušak (HDZ 2014)

Šušak wird für eine Vielzahl von Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht. Ein Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien kam nur aufgrund seines frühen Todes nicht zustande.

Träger des nationalistischen Konsenses sind aber nicht nur die HDZ oder die Kirche. Auch die aktuelle links-liberale Regierung nimmt an den jährlichen Feiern zur Erinnerung an die kriegsentscheidende Offensive Oluja („Sturm“) teil. Wie sehr die Linien zwischen rechtem und linkem Lager verschwimmen, zeigt das Beispiel des Bürgermeisters von Split, Ivo Baldasar, Mitglied der sozialdemokratischen SDP. Dieser besuchte im Mai 2014 eine Denkmaleinweihung der Gefallenen der extrem rechten paramilitärischen Formation „Kroatische Verteidigungskräfte“.

Der schwierige Umgang mit dem Nationalismus und die unterschiedlichen Ziele der Protestbewegungen

Berücksichtigt man die Marginalisierung alternativer Bewegungen und ihr schwieriges historisches Erbe, sind die Proteste in Bosnien-Herzegowina umso bemerkenswerter. Zwar fanden in den letzten Jahren Proteste statt, die sich einer nationalen Kategorisierung verweigerten. Sie erreichten jedoch nicht dieses Ausmaß. Der Ethnonationalismus war zu dominant und allgegenwärtig. Dementsprechend schnell einigte sich die sonst so zerstrittene politische Elite, den Protest zu ethnisieren, d.h. ihm eine bestimmte Nation zuzuschreiben. Da das Dayton-Abkommen und die daraus folgende Nationalisierung der Gesellschaft ihre Legitimationsgrundlage bildet, ist dieser Schritt nicht verwunderlich. Tatsächlich aber handelte es sich um keinen vermeintlich bosnisch-muslimischen Protest¹¹, sodass dieses Vorgehen die Kluft zwischen den Protestierenden und der Politik nur weiter vertiefte. Gemeinsame Demonstrationen zwischen ethnischen KroatInnen und BosnierInnen fanden u.a. in Mostar und anderen Städten statt.

10 In Kroatien wird der Krieg als „Vaterländischer Krieg“ (Domovinski rat) bezeichnet.

11 So äußerte sich der Hohe Repräsentant Valentin Inzko (Kurier 2014).

Auch in Banja Luka, die Hauptstadt der Republika Srpska, gab es Proteste und sogar in der serbischen Hauptstadt Belgrad wurde eine Solidaritätsdemonstration veranstaltet.

Der Philosoph Hrvoje Jurić argumentiert, dass der Unterschied zwischen früheren Protesten und denen im Frühjahr 2014 ihr „klarer Klassen-Aspekt und die zusätzliche Redefinition der Opposition „Wir gegen euch“ war (H-alter 2014). Die Formulierung sozialer Forderungen, wie die Rücknahme von Privatisierungen, Lohnerhöhungen und Sozialprogramme, und die Ablehnung des ethnischen Prinzips ermöglichten die Konstitution eines neuen politischen Subjekts, das sich klar von der politischen Elite abgrenzt und über den daytonistischen Ethnonationalismus hinausweist. Darin lagen die Gefahr für die Herrschenden und der revolutionäre Charakter der Protestbewegung. Indem sich die Protestierenden in basisdemokratisch organisierten Bürgerforen, sogenannten Plena, organisierten, boten sie auch eine politische Alternative zum repräsentativen System. So ist es nicht verwunderlich, dass vor allem Menschen die Proteste unterstützten, die sich von dem System entweder nicht repräsentiert fühlen (ArbeiterInnen, RenterInnen und AktivistInnen aus dem Menschenrechts- und Sozialbereich) oder wenig Perspektive sehen (Studierende).

Die Reaktionen folgten umgehend. Der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanović fuhr nach Mostar, um sich mit VertreterInnen der kroatischen BosnierInnen zu treffen. Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska, begab sich nach Belgrad. Dieser Schritt verdeutlichte einmal mehr, wo die eigentlichen Machtzentren im Staat liegen. Die Reise Milanovićs nach Mostar schlug auch deshalb hohe Wellen, da er sich nicht dazu herabließ, der Regierung in Sarajevo einen Besuch zu erweisen. Stattdessen wählte er Mostar, das Zentrum der ethnischen Kroaten, das in den früheren 1990er Jahren die Hauptstadt der „Kroatischen Republik Herceg-Bosna“ war und während des Krieges immer wieder Schauplatz von Massakern und ethnischen Säuberungen wurde. Milanovićs lapidare Begründung, Mostar sei schließlich näher gewesen als Sarajevo, verdeutlicht die Geringschätzung, die Kroatiens Regierung der bosnischen bis heute entgegenbringt.

Einen Schritt weiter ging der Hohe Repräsentant Bosnien-Herzegowinas, der Österreicher Valentin Inzko. Er drohte in einem Interview für den Wiener Kurier: „Wenn die Lage eskaliert, werden wir eventuell an EU-Truppen denken müssen“ (Kurier 2014).

Während in Bosnien-Herzegowina die Proteste mögliche Wege zur Überwindung des nationalistischen Konsenses aufzeigen, weist die Entwicklung in Kroatien in die gegenteilige Richtung. Zwar hat der Ausbruch der Wirtschaftskrise keine direkte „Hegemoniekrise“ (Gramsci, GH 7: 1577) ausgelöst. Dennoch leitete die Parlamentswahl im Jahr 2011 „erstmal einen linken Kurswechsel in

der kroatischen Politik ein“ (Stojaković 2011: 1). Die von Korruptionsskandalen gebeutelte HDZ und das von ihr verteidigte Gesellschaftsmodell befanden sich in der Defensive. Der fortschreitende ökonomische Niedergang und die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung steigerten jedoch den Unmut der Bevölkerung und ermöglichten den nationalistischen Kräften eine rasche Rückkehr. Der Erfolg von „Im Namen der Familie“ ist ein Beispiel, wie das Bündnis aus Parteien (HDZ und kleineren Rechtsparteien), Kirche und WissenschaftlerInnen sich zivilgesellschaftlich reorganisiert. Dies geschieht über gemeinsame „Projekte“, wie das breite Bündnis für das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehe. Diese Forderung ist nicht neu. In einigen Ländern (USA, Frankreich) entwickelte sich, getragen von konservativen Medien, eine starke außerparlamentarische Bewegung mit engen Verbindungen in die Politik. In konservativen Kreisen der kroatischen Gesellschaft stieß diese Forderung auf große Zustimmung. Zumal die Kirche früher immer wieder gegen die LGBT-Bewegung und Gayprides Position bezogen hatte. Dennoch war die Strategie innerhalb des konservativen Lagers umstritten. Das zeigt u.a. die Kritik der ehemaligen Premier-Ministerin Jadranka Kosor an der Entwicklung ihrer Partei HDZ und die Ankündigung von Karamarko die Partei befinde sich in einem „Säuberungsprozess“ (Index 2013).

Obwohl vier der bekanntesten Protagonisten¹² von „Im Namen der Familie“ Mitglieder der kleinen national-konservativen Partei Hrast sind, gerierte sich die Bewegung von Anfang an als volksnah und fern von der korrupten Politik. Tatsächlich verfügt sie über beste Verbindungen in das konservative Lager. Finanzielle und logistische Unterstützung erhielt sie sowohl von der Kirche als auch der HDZ (DW 2014). Besonders die Kooperation mit der Kirche verhalf der Bewegung zu großer Popularität, da sie gerade im ländlichen Raum als wichtige moralische Instanz gilt.

Anders als in Bosnien handelt es sich um keinen Protest der TransformationsverliererInnen. Dementsprechend spielten soziale Forderungen keine Rolle. Viele aktive UnterstützerInnen stammen aus der gebildeten Mittelschicht. Allerdings war der Zuspruch unter sozial abgehängten Schichten und in den peripheren Landesteilen außerordentlich hoch. Der aggressive Nationalismus dient der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten und lenkt gleichzeitig von der verschärften Austeritätspolitik im Zuge der Wirtschaftskrise ab.

Besonders problematisch ist, dass direkt-demokratische Initiativen vom rechten Lager ausgehen und für diskriminierende Praktiken missbraucht werden. Der Erfolg scheint den Auftakt für weitere Initiativen zu bieten. Der „Generalstab für die Verteidigung des kroatischen Vukovars“ (Stožer za obranu hrvatskog

12 Željka Markić, Krešimir Miletić, Krešimir Planinić und Ladislav Ilčić.

Vukovara) plädiert für ein Referendum, in dem über den Gebrauch der kyrillischen Schrift abgestimmt werden soll.¹³ Die Mobilisierung der konservativen Wählerschichten soll nicht nur der Regierung das eigene politische Programm aufzwingen. Der Gebrauch direkt-demokratischer Methoden richtet sich gegen vermeintliche GegnerInnen des kroatischen Staates. Eine Debatte über das krisenhafte kroatische Gesellschaftsmodell, für das die HDZ aufgrund ihrer Regierungsverantwortung maßgeblich verantwortlich ist, wird geschickt verhindert.

Enttäuschend ist die Reaktion der Regierung. Diese verzichtete auf eine breite Gegenmobilisierung, gemeinsam mit der aktiven LGBT-Szene und Menschenrechtsorganisationen. Vielmehr kündigte sie im Vorfeld der Abstimmung an, das Ergebnis habe keinerlei Bedeutung für die Verabschiedung eines Gesetzes über gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Damit überließ sie der homophoben Bewegung weitgehend das Feld. Am 15. Juli 2014 wurde das angekündigte Gesetz verabschiedet. Im selben Atemzug trieb die Regierung ihre neoliberale Wirtschaftspolitik voran. So erleichtert das „Gesetz über die Arbeit“ (ZOR) die Entlassung von schwangeren Frauen und schwächt Arbeitnehmerrechte generell. Dabei erhalten 93 Prozent aller neu angestellten Frauen nur Zeitverträge. Ein ähnliches Gesetz unter der HDZ-Regierung hatten die Sozialdemokraten noch verhindert (Index 2014).

Fazit

Der Beitrag konzentrierte sich auf die Analyse zweier Bewegungen: die Kampagne „Im Namen der Familie“ aus Kroatien und die bosnische Protestbewegung. Damit geraten zwangsläufig andere Akteure, wie beispielsweise die kroatische LGBT-Bewegung, außer Acht. Das gilt auch für die Entwicklungen in Serbien und Slowenien. Der Grund für die Auswahl liegt in dem enormen Mobilisierungspotenzial beider Bewegungen, die eine Strahlkraft auf den ganzen Balkan entwickelten. Darüber hinaus stehen die Fallbeispiele in einem direkten Zusammenhang zu anderen europäischen Bewegungen, was eine breitere Verortung der Proteste und eine Kontextualisierung gesellschaftlichen Protests in der Krise ermöglicht.

Der erste Teil des Artikels hatte die Aufgabe, die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die Bewegungen entstanden, näher zu erläutern. Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch Kroatien etablierten sich extrem krisenanfällige nationalistisch-neoliberale Gesellschaftsmodelle. Dafür gibt es mindestens drei

13 Kroaten benutzen lateinische Buchstaben, Serben hingegen kyrillische.

wichtige Gründe. Erstens existiert eine große Diskrepanz zwischen dem offiziellen demokratischen Anspruch und den realen Rechten der Bevölkerung. Die Vergabe von Partizipationsrechten erfolgt entlang ethnonationaler Kriterien. Dies führt dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen entweder vom politischen Prozess ausgeschlossen sind (Juden und Jüdinnen, Sinti und Roma in Bosnien-Herzegowina) oder einen Platz im national definierten System zugewiesen bekommen (SerbInnen in Kroatien). Dem steht eine politische Klasse gegenüber, die sich im Zuge des Krieges herausgebildet hat und vom Transformationsprozess profitierte. Sei es durch den (illegalen) Erwerb privatisierter Betriebe, den Verkauf von Staatseigentum oder weil sie sich durch ihre nationalistische Überzeugung einen Platz im neuen Staat sicherten. Der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader (2003-2009) und seine Nachfolgerin, Jadranka Kosor (2009-2011), stehen beispielhaft für die unterschiedlichen Formen der Bereicherung. Während Sanader aufgrund von Korruptionsfällen in seiner Amtszeit im November 2012 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, zählte Kosor als Ministerpräsidentin die Wohnung einer vertriebenen serbischen Familie zu ihrem Eigentum (Novosti 2010). Die vielfältigen Bereicherungen eint die neue herrschende Klasse und grenzt sie gleichzeitig von den Transformationsverlierern ab.

Zweitens gelang es nicht, stabile ökonomische Verhältnisse zu gewährleisten, die eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht hätten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat den dauerhaften Krisenzustand in allen Ländern deutlich vor Augen geführt. Es zeigt sich, dass sich im Laufe der Transformation die Ungleichheit sowohl zwischen den einzelnen Ländern Osteuropas als auch innerhalb der Länder zwischen prosperierenden Zentren und abgehängten Regionen verschärfen (Kagarlitsky 2007: 159ff.). Es muss somit von einer peripheren Weltmarktintegration der osteuropäischen Staaten gesprochen werden. Hinzu kommen Bevölkerungsgruppen, die unter extrem prekären Umständen leben, wie die Sinti und Roma.¹⁴ Auch RentnerInnen, Alleinerziehende und ArbeiterInnen gehören zu dieser neuen Unterschicht der TransformationsverliererInnen, obwohl sie anders als Roma nicht dermaßen stigmatisiert sind. Allgemein lässt sich ein Rückgang des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung und eine erhöhte soziale Polarisierung feststellen. Diese Entwicklung begleitet ein weiterer Abbau sozialer Rechte in Kroatien (ND 2013). Das lässt erwarten, dass die Ungleichheit in der Krise weiter zunehmen wird.

Drittens zeigen die Fallbeispiele neue komplexe Formen von Abhängigkeit und Herrschaft. Während Kroatien peripher in die EU und die NATO integriert wurde, ist Bosnien-Herzegowina auf den Status eines EU-Protectorats degradiert. Der

14 Dies betrifft eher Bosnien-Herzegowina, da die Anzahl der Sinti und Roma in Kroatien deutlich geringer ist.

ökonomische Niedergang steigert zweifellos die Frustration in der Bevölkerung. Dadurch bleibt der Nationalismus bis heute die stärkste politische Kraft auf dem Balkan. Die mangelnde Bereitschaft in beiden Ländern, den Krieg aufzuarbeiten und die ethnonationale Verfassung in Bosnien-Herzegowina tragen dazu bei.

Vor diesem Hintergrund agieren die ausgewählten Bewegungen. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die vielfältigen gesellschaftlichen Konflikte (Rechte von Minderheiten, soziale Polarisierung der Gesellschaft) eine neue Dynamik gewonnen. Davon zeugen Sparprogramme, die Kürzung von Sozialleistungen oder ausbleibende Lohnzahlungen. Beide Bewegungen treiben damit auf unterschiedlicher Weise die Konflikte weiter voran. Im zweiten Teil des Beitrags lag der Schwerpunkt daher auf der Kontextualisierung der Inhalte und Forderungen der Bewegungen.

Während die Protestbewegung in Bosnien-Herzegowina den Anspruch vertrat, den verfassungsrechtlich fixierten Ethnonationalismus zu überwinden und dies mit sozialen Forderungen kombinierte, kommt es in Kroatien zu einer Radikalisierung rechter Kräfte und einer Stärkung der nationalistischen Hegemonie. Die neoliberale Austeritätspolitik wird ungehindert vorangetrieben. Gleichzeitig nehmen die Polemik und der Druck auf Minderheiten, insbesondere SerbInnen und Homosexuelle, zu. Besonders problematisch ist, dass direkt-demokratische Initiativen vom rechten Spektrum dazu genutzt werden, diskriminierende Praktiken durchzusetzen.

Trotz aller Erfolge zeigt der Verlauf der bosnischen Proteste einige Schwierigkeiten: das Spannungsverhältnis zwischen der Institutionalisierung einer Bewegung und einer offenen Struktur. Die überraschende Intensität der Proteste währte nur einen knappen Monat. Somit konnte die Politik wichtige Forderungen (Rücknahme der Privatisierungen, Lohnerhöhungen, Neuwahlen) einfach aussitzen. Inwiefern die Proteste einen langfristigen Effekt haben, werden die kommenden Jahre zeigen. Zudem stießen die Formen basisdemokratischer Organisation an ihre Grenzen. So sinnvoll und wichtig die offenen Plena in der Konstitution der Protestbewegung waren, können sie doch keinen Anspruch auf Repräsentation erheben.

Der Erfolg kommender Proteste hängt auch von der Reorganisationsfähigkeit der Herrschenden ab. Die Furcht aller Akteure, sowohl der Eliten in Bosnien-Herzegowina als auch der Regierungen in Kroatien und Serbien sowie der Europäische Union, vor der Protestbewegung ermöglichte ein koordiniertes Vorgehen. Dies reichte von der Diskreditierung des Protests bis zur offenen Androhung von Gewalt.

Die unterschiedliche Entwicklung beider Länder liegt auch in der unterschiedlichen Ausgangslage der Herrschenden begründet: Während in Bosnien die politischen Eliten das Land entlang ethnischer Kriterien in verschiedene Interes-

sensphären aufteilten und so lange Jahre trotz des wirtschaftlichen Niedergangs regierten, reorganisiert sich die kroatische Rechte als breites Bündnis unter einer sozialliberalen Regierung. Der Nationalismus ist hier der mobilisierende, einende Faktor. Es wird deutlich, dass der derzeitige Status quo die ethnischen und sozialen Konflikte auf dem Balkan keineswegs überwand, sondern institutionalisierte. Die herrschende Elite hat kein wirkliches Interesse an ihrer Überwindung, da sie ihre Legitimation im Wesentlichen ihren nationalistischen Positionen verdankt. Das erzeugt hochgradig instabile Gesellschaften. Im Zuge der Krise ist die Fortsetzung dieser Politik, wie beispielsweise in Kroatien, besonders gefährlich. Eine weitere Eskalation und eine Radikalisierung der Konflikte sind zu erwarten. Da ein Umdenken nicht absehbar scheint, manövrieren sich die Herrschenden in eine für sie schwer lösbare Situation. Einerseits bildet der aggressive Nationalismus die ideologische Grundlage ihre Macht. Andererseits ist es dieser Nationalismus, der ihr Ende bedeuten könnte, da er permanente Instabilität und eine Fortsetzung der Konflikte zur Folge hat.

Eine eigenständige, emanzipatorische Position zu beziehen, ist unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen eine große Herausforderung. Sie erfordert einerseits eine differenzierte Sicht auf den Staatssozialismus, die Erfolge (Bildungsoffensiven, soziale Reformen), aber auch den autoritären, repressiven Charakter dieses Regimes. Dazu gehört auch eine Kritik an der unvollkommenen Planwirtschaft und ihrem inhärenten Zwang zur Produktionssteigerung mit verheerenden ökologischen Folgen. Andererseits wäre es wichtig, die Debatte der ökonomischen Peripherisierung Osteuropas mit einer Kritik am Nationalismus und den autoritären Entwicklungen zu verbinden. So könnte es gelingen, die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung Osteuropas klarer herauszustellen. Sonst besteht die Gefahr einer weiteren Radikalisierung der Gesellschaft von rechts. Nationalistische Gruppen gelingt es immer wieder durch eine verkürzte Kapitalismuskritik und Hetzkampagnen gegen das Establishment und Linke, sich in der Bevölkerung Gehör zu verschaffen. Die Proteste in Bosnien-Herzegowina bergen die Hoffnung, dass diese komplizierte Aufgabe gelingen kann.

Literatur

- Becker, Joachim (2010): Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 36(4): 519-540.
- Berend, Ivan T. (1996): *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the Periphery to the Periphery*. Cambridge.
- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge.
- Ćurak, Nerzuk (2004): *Dejtonski nacionalizam*. Sarajevo.
- Ćurković, Stipe (2014): *Europa und die neue Linke in Kroatien*. URL: www.zeitschrift-luxemburg.de/europa-und-die-neue-linke-in-kroatien. Zugriff: 1.8.2014.

- DW [Deutsche Welle] (2013): Referendum über die Homo-Ehe spaltet Kroatien, URL: <http://www.dw.de/referendum-%C3%BCber-die-homo-che-spaltet-kroatien/a-17262250>. Zugriff: 1.8.2014.
- Džihić, Vedran (2011): Bosnien und Herzegowina in der Sackgasse? Struktur und Dynamik der Krise fünfzehn Jahre nach Dayton. In: *Südosteuropa* 59(1): 50-76.
- EGMR [Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte] (2009), Große Kammer, Beschwerdesache Sejdic und Finci gegen Bosnien-Herzegowina, Urteil vom 22.12.2009. URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Justiz/JJT_20091222_AUSL000_000BSW27996_0600000_000/JJT_20091222_AUSL000_000BSW27996_0600000_000.pdf. Zugriff: 1.8.2014.
- Flottau, Heiko (2014): Minenfeld Bosnien-Herzegowina. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59(7): 17-20.
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte*, Band 7, Hamburg.
- H-alter (2014): *Strah se seli u kosti krivaca*. URL: <http://www.h-alter.org/vijesti/europa-regija/strah-se-seli-u-kosti-krivaca>. Zugriff: 1.8.2014.
- HDZ (2014): *Karamarkov govor na saboru Zajednice „Gojko Šušak“: HDZ pred novom povijesnom zadaćom – dostojanstveni život svih građana*. URL: <http://www.hdz.hr/vijest/nacionalne/karamarkov-govor-na-saboru-zajednice-gojko-susak-hdz-pred-novom-povijesnom-zadacom>. Zugriff: 1.8.2014.
- Hobsbawm, Eric (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt/M-Wien.
- Index (2013): *Jadranka Kosor jednoglasno izbačena iz HDZ-a!* URL: <http://www.index.hr/vijesti/clanak/jadranka-kosor-jednoglasno-izbacena-iz-hdza/665083.aspx>. Zugriff: 1.8.2014.
- Index (2014): *Zakon o radu: SDP nastavio gdje je HDZ stao*. URL: <http://www.index.hr/vijesti/clanak/zakon-o-radu-sdp-nastavio-gdje-je-hdz-stao/761987.aspx>. Zugriff: 1.8.2014.
- Jaitner, Felix (2014): *Die Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow bis Putin*. Hamburg, i.E.
- Kagarlitsky, Boris (2007): Disaster Management in Eastern Europe, in: Segert, Dieter (Hg.): *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Wien: 159-164.
- Krastev, Ivan (2010): Deepening Dissatisfaction. In: *Journal of Democracy* (21)1, 113-119.
- Kurier (2014): *Inzko: „EU-Truppen, wenn die Lage eskaliert“*. URL: <http://kurier.at/politik/ausland/valentin-inzko-eu-truppen-wenn-die-lage-eskaliert/50.439.268>. Zugriff: 1.8.2014.
- ND [Neues Deutschland] (2014): Kroatien braucht eine neue Linke. URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/825997.kroatien-braucht-eine-neue-linke.html>. Zugriff: 1.8.2014.
- Novosti (2010): Jadranka Kosor u stanju, Drobac u skrovištu. URL: <http://www.novosti.com/2010/02/jadranka-kosor-u-stanju-drobac-u-skrovištu/>. Zugriff: 1.8.2014.
- OHR [Office of the High Representative] (2012). URL: http://www.ohr.int/ohr-info/gen-info/default.asp?content_id=38519. Zugriff: 1.8.2014.
- Perić, Mladen (2012): Wie eine Gesellschaft ausverkauft wurde. „Strategische Insolvenzen“ und ökonomische Transformation in Serbien, Rosa Luxemburg Stiftung, Papers, Berlin.
- Stojaković, Krunoslav (2011): Wahlanalyse Parlamentswahlen Kroatien, 4.12.2011. URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Wahlanalyse_Parlamentswahlen_Kroatien_2011.pdf. Zugriff: 1.8.2014.
- (2012): Sozialdemokratische Zumutungen in Kroatien vor EU-Beitritt 2013: Auch neue Regierung fährt neoliberalen Kurs, Rosa Luxemburg Stiftung, Standpunkte International. Nr. 7. Berlin.
- Tamás, Gaspar Miklos (2007): Ein ganz normaler Kapitalismus. In: *Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte*. Nr. 22: 8-22.